

PRESSEMITTEILUNG

Bildungschancen verbessern und öffentlichen Haushalt entlasten Schulisches Versagen kostet Steuerzahler sieben Milliarden jährlich

Kontakt: Dr. Cornelia Sussieck

Amtierende Vorsitzende

Tel.: 06202/12260

E-Mail: info@nachhilfeschulen.org

www.nachhilfeschulen.org

Erftstadt, 28.2.2013. Verstärkte Investitionen in Bildung sind dringend erforderlich – das war der gemeinsame Konsens der Podiumsdiskussion, zu der der VNN Repräsentanten aus Politik, Wissenschaft und Praxis am 23.2.2013 auf der didacta in Köln geladen hatte. Über die Wege zum Ziel jedoch gab es unterschiedliche Meinungen.

Renate Künast attestierte dem deutschen Bildungssystem ein gravierendes Gerechtigkeitsproblem. Kinder aus bildungsfernen Familien würden zu oft abgehängt. Um für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, müsse mehr Geld zielgenauer investiert werden. So solle anstelle des Betreuungsgeldes mehr Geld in bessere frühkindliche Bildung investiert werden. Auch durch das Abschmelzen des Ehegatten-Splittings würden Mittel frei, die zielgenau für die Förderung von Kindern und Jugendlichen investiert werden könnten

Neue Wege zur Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Bildung präsentierten auch die anderen Diskussionsteilnehmer:

Dr. Dieter Dohmen, Leiter des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS), erklärte: „Viele private Anleger wären bereit, in Bildung zu investieren, denn Bildung bringt Renditen von bis zu zehn Prozent für die öffentlichen Haushalte, teilweise mehr.“ Nach Untersuchungen des FiBS könnte ein Drittel der Gelder an die privaten Anleger ausgezahlt werden, die der öffentlichen Hand Kapital für Bildungsinvestitionen bereitstellen.

Dr. Christoph Börsch, Vorstandsvorsitzender der Chancenstiftung - Bildungspaten für Deutschland, erklärte zur Motivation und Zielsetzung seiner Stiftung: „Pro Jahr erreichen 60.000 der Kinder lange nicht das Ausbildungsniveau, das mit einer besseren Förderung möglich wäre. Diese Kinder fördert die Chancenstiftung mit Bildungsstipendien für intensiven und professionellen Nachhilfeunterricht.“ Unterstützt wird die Stiftung dabei von zahlreichen privaten und institutionellen Bildungspaten, die die Kosten für ein oder mehrere Stipendien übernehmen und damit Kindern faire Bildungschancen schenken.

Dr. Cornelia Sussieck, amtierende Vorsitzende des VNN, machte anhand mehrerer Rechenexempel anschaulich deutlich, dass der Staat auch dann noch Steuergelder in Millionenhöhe sparen könnte, wenn er die individuelle Förderung in Form von institutioneller Nachhilfe finanzieren würde. Erhielte nur die Hälfte der 250.000 Sitzenbleiber im Jahr staatlich bezahlten Nachhilfeunterricht, könnte der Staat 450 Millionen Euro Steuergelder für die Klassenwiederholer sparen. Sussieck forderte eine Anerkennung der Leistungen, die die institutionelle Nachhilfe erbringt, aber auch der Eltern, die in die Bildung ihrer Kinder investieren: „Die elterlichen Investitionen in die Bildung der Kinder sollten steuerlich absetzbar sein. Mehr noch: Der Staat sollte im Eigeninteresse gefährdeten Schülerinnen und Schülern den Nachhilfeunterricht bezahlen. Denn davon profitiert jeder – der Einzelne und die Gesellschaft.“

Noch immer ist in Deutschland der Zugang zu Bildung eng mit der sozialen Herkunft verbunden. Die Folge: Der volkswirtschaftliche Schaden durch Klassenwiederholer, Schulabbrecher und Absolventen ohne Ausbildungsreife beläuft sich auf mindestens sieben Milliarden Euro pro Jahr.

Bundesverband Nachhilfe- und Nachmittagsschulen e.V. (VNN)

Der VNN wurde 1998 als Interessenverband Nachhilfeschulen e.V. gegründet und ist der älteste und größte Verband der Nachhilfe-Branche. 2003 erhielt er seinen heutigen Namen „Bundesverband Nachhilfe- und Nachmittagsschulen (VNN) e.V.“. Der VNN setzt sich für mehr Transparenz und verlässliche Qualität in der institutionellen Nachhilfe ein. Die ihm angeschlossenen privatwirtschaftlichen Nachhilfeorganisationen stehen für hohe Qualitätsstandards und die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern in Kleingruppen oder Einzelunterricht. Dies gibt Eltern, Kindern und Jugendlichen Sicherheit und Orientierung. Der VNN vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber der Politik und in der Öffentlichkeit und fördert den vertrauensvollen Dialog zwischen Schule, Politik und Wirtschaft. Sitz des Bundesverbandes ist Erfstadt. www.nachhilfeschulen.org.

